

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Bundesräte Herbert
und Kollegen

betreffend die rot-schwarzen Schließungen von Polizeidienststellen

eingebraucht im Zuge der Debatte über den Tagesordnungspunkt 1 Beschluss des Nationalrates vom 29. Jänner 2014 betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Bundesministeriengesetz 1986 geändert wird (Bundesministeriengesetz-Novelle 2014) (81/A und 20 d.B.)

Das Bundesministerium für Inneres, verliert im Zuge der neuen Ressortverteilung die Aufgaben der Integration an das Außenministerium, was sachlich nicht wirklich verständlich ist, weil der Zusammenhang zwischen Asylwesen, Sicherheit und Integration eindeutig intensiver gegeben ist, als zwischen Außenpolitik und Integration. Vor allem erhält das BMI aber trotz ohnedies bereits angespannter Lage weiter nicht ausreichende Ressourcen zur Aufrechterhaltung bzw. Verbesserung der Sicherheitslage. Die budgetäre Schieflage der Republik ist wesentlich ausgeprägter als im Vorfeld der Nationalratswahl seitens der Bundesregierung kolportiert wurde. Das Budgetloch wurde auf bis zu 40 Milliarden Euro für die nächsten fünf Jahre verortet. Andere Quellen sprechen von ca. 20 Milliarden Euro. Mitglieder der Bundesregierung, insbesondere Finanzministerin Maria Fekter sowie Bundeskanzler Werner Faymann und Finanzstaatssekretär Andreas Schieder setzen auf Nicht- und Desinformation. Nach der Wahl, am Abend des 13. November 2013, räumten die Regierungsparteien plötzlich erheblichen Anpassungsbedarf beim Budget ein. Dem nun vorliegenden Budgetprovisorium kann entnommen werden, dass 38 Millionen in der Sicherheit eingespart werden müssen. Die neuesten Ideen dazu sind, wie der Pressekonferenz von Bundesministerin Mikl-Leitner zu entnehmen war einschneidende Sparmaßnahmen in der Sicherheit und zwar die Schließung folgender Polizeidienststellen:

Im Burgenland werden 11 Dienststellen mit anderen Dienststellen zusammengelegt.

1. Draßmarkt
2. Kohfidisch
3. Kukmirn
4. Markt Allhau
5. Mörbisch am See
6. Nickelsdorf
7. Pöttsching
8. Sieggraben
9. PI-AGM Kittsee
10. PI-AGM Lackenbach
11. Wulkaprodersdorf API

In Kärnten werden 22 Dienststellen mit anderen Dienststellen zusammengelegt.

1. Gallizien
2. Glanegg
3. Globasnitz
4. Hüttenberg
5. Kirchbach
6. Klagenfurt-Hauptbahnhof
7. Kolbnitz
8. Lambichl

9. Liebenfels
10. Mallnitz
11. Metnitz
12. Nötsch
13. Pischeldorf
14. Reichenfels
15. Rosegg
16. Ruden
17. Stall
18. St. Stefan im Lavanttal
19. Weißbriach
20. Weißensee
21. Weißenstein
22. Wernberg

In Niederösterreich werden 21 Dienststellen mit anderen Dienststellen zusammengelegt.

1. Ardagger
2. Aschbach-Markt
3. Eichgraben
4. Gaaden
5. Gnadendorf
6. Großmugl
7. Gutenstein
8. Hermannsdorf
9. Hollenstein an der Ybbs
10. Klein Pöchlarn
11. Mitterbach am Erlaufsee
12. Neusiedl an der Zaya
13. Puchberg am Schneeberg
14. Schwechat-Mannswörth-ASt
15. Statzendorf
16. St. Leonhard am Forst
17. Stronsdorf
18. Weidling
19. Weitersfeld
20. Wilfersdorf
21. Zwentendorf

In Oberösterreich werden 21 Dienststellen mit anderen Dienststellen zusammengelegt.

1. Aigen im Mühlkreis
2. Antiesenhofen
3. Frankenburg am Hausruck
4. Gaspoltshofen
5. Gosau
6. Hallstatt
7. Hinterstoder
8. Kefermarkt
9. Molln
10. Neukirchen an der Enknach
11. Oberneukirchen
12. Ontlstraße
13. Ottnang am Hausruck
14. Palting
15. Raab
16. Steinerkirchen an der Traun
17. St. Wolfgang
18. Taiskirchen

19. Ternberg
20. Waizenkirchen
21. Wilhering

In Salzburg werden 9 Dienststellen mit anderen Dienststellen zusammengelegt.

1. Adnet
2. Großarl
3. Henndorf
4. Maria Alm
5. Mariapfarr
6. Mühlbach am Hochkönig
7. Obertauern
8. Rauris
9. Thalgau

In der Steiermark werden 23 Dienststellen mit anderen Dienststellen zusammengelegt.

1. Arnfels
2. Burgau
3. Gußwerk
4. Hieflau
5. Kirchdorf bei Pernegg
6. Oberwölz
7. Preding
8. Ramsau
9. Semriach
10. Soboth
11. Söchau
12. Spital am Semmering
13. Stallhofen
14. St. Anna am Aigen
15. St. Katharein an der Laming
16. St. Lambrecht
17. St. Lorenzen bei Knittelfeld
18. St. Marein bei Graz
19. St. Peter-Freienstein
20. St. Stefan ob Stainz
21. Übelbach
22. Unzmarkt
23. Wildalpen

In Tirol werden 10 Dienststellen mit anderen Dienststellen zusammengelegt.

1. Dölsach
2. Huben
3. Hungerburg
4. Jochberg
5. Kirchbichl
6. Längenfeld
7. Matrie am Brenner
8. Oberau
9. St. Jakob im Defreggen
10. Vils

In Vorarlberg werden 5 Dienststellen mit anderen Dienststellen zusammengelegt.

1. Alberschwende
2. Brand
3. Langen bei Bregenz
4. PI-AGM Bregenz
5. PI-AGM Lustenau

Und Die Liste für Wien folgt im Februar 2014.

Leidtragende sind die Bürger, weil die durchschnittliche Interventionszeit - die Dauer der Exekutive ab Verständigung zum Einsatzort - wird dadurch länger, die Möglichkeit des persönlichen Kontaktes durch den Besuch einer Dienststelle erschwert, etc..

Solche Sparmaßnahmen sind in Zeiten steigender Kriminalität sowie stark zunehmender Belastungen der Sicherheitswachebeamten unverantwortlich.

Waren es im Jahr 2010 noch 535.745 angezeigte Straftaten, so waren es im Jahr 2012 schon 548.027. Im Vergleich Wien mit München wurden im Jahr 2012 in Wien 203.055 Straftaten angezeigt, umgelegt sind dies 23,1 begangene Straftaten pro Stunde, und in München 98.583 Straftaten angezeigt, 11,2 Straftaten pro Stunde. Selbst die Aufklärungsquote lag in Wien bei 35,2 und in München bei 60,5 Prozent.

Interessant in diesem Zusammenhang ist auch, dass das Meinungsforschungsinstitut IMAS gerade eine Umfrage mit dem Titel „Sehnsucht nach Sicherheit“ veröffentlicht hat, welche folgende Ergebnisse beinhaltet:

„Ein Drittel der Österreicher fühlt sich in der Nacht unsicher in der Nähe ihrer eigenen Wohngegend, insbesondere Frauen, Menschen unter 30 Jahren und Personen aus den urbanen Zentren Österreichs wollen an gewissen Plätzen in der Nähe ihrer eigenen vier Wände am Abend nicht alleine unterwegs sein. (...)

70 Prozent der Bevölkerung fordern von der Politik sich zumindest etwas mehr mit dem Thema Sicherheit zu beschäftigen, mehr als jeder 4. Österreicher spricht sich sogar für einen besonders intensiven Einsatz der Politiker rund um diese Kernfrage der Lebensqualität aus.“

<http://www.imas.at/index.php/de/imas-report-de/aktuelle-reports/368-23-sehnsucht-nach-sicherheit>

Diese Sparmaßnahmen bei der Sicherheit in Österreich sind abzulehnen, denn das würde einen abermaligen Anstieg der Kriminalität auf Kosten der Bevölkerung bedeuten.

Die unterfertigten Bundesräte stellen daher folgenden

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG:

Der Bundesrat wolle beschließen:

„Die österreichische Bundesregierung aufgefordert, im Zuge der Budgeterstellung dafür Sorge zu tragen, daß das BMI trotz Verlust von Kompetenzen ausreichende Mittel zur Verfügung hat, um sicherzustellen, dass es zu keiner Schließung von Polizeidienststellen kommen wird.“

In formeller Hinsicht wird verlangt, gemäß §54(3) GO-BR über diesen Antrag eine namentliche Abstimmung durchzuführen

Wien, am 31.1.2014